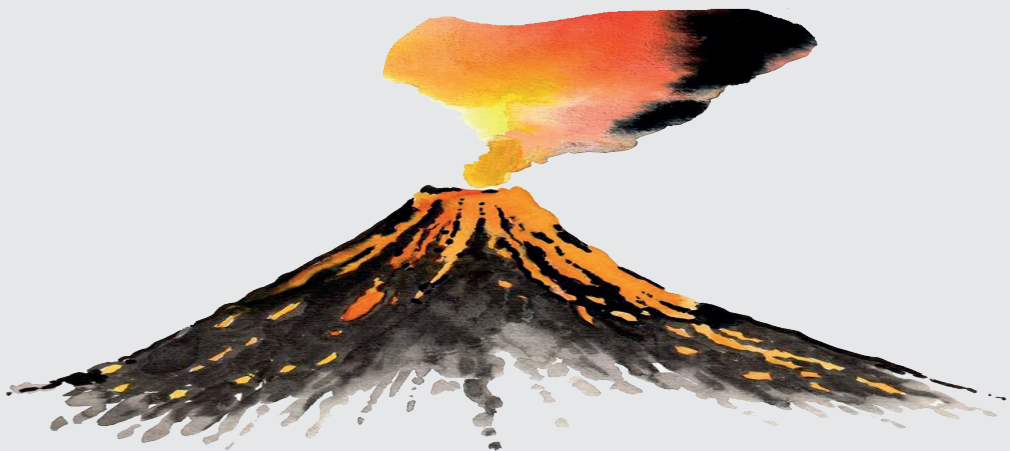


**Cornelia Koppetsch**

# **Rechtspopulismus als Protest**

**Die gefährdete Mitte  
in der globalen  
Moderne**

**VSA:**



Cornelia Koppetsch  
Rechtspopulismus als Protest

*Cornelia Koppetsch* ist Professorin für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Politische Soziologie und der Aufstieg der neuen Rechtsparteien, Soziale Ungleichheiten, Geschlechterverhältnisse und Paarbeziehungen.

**Cornelia Koppetsch**

# **Rechtspopulismus als Protest**

**Die gefährdete Mitte in der globalen Moderne**

**VSA: Verlag Hamburg**

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

© VSA: Verlag Hamburg 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20999 Hamburg

© der einzelnen Texte: Cornelia Koppetsch

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-024-6

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	7
<b>Aufstand der Etablierten?</b> .....	27
Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte	
<b>Ressentiments</b> .....	55
Über die politische Wirkmächtigkeit von Gefühlen	
<b>Rechtspopulismus als Klassenkampf?</b> .....	71
Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung	
<b>Eine Welle der Nostalgie</b> .....	91
Die akademische Mittelschicht und die illiberale Gesellschaft	
<b>Das postindustrielle Bürgertum und die illiberale Gesellschaft</b> .....	99
Zum Einfluss von Ungleichheitsdynamiken auf den Zeitgeist	
<b>Weltbürgerlichkeit als repräsentative Kultur?</b> .....	129
<b>Sind wir eigentlich noch spätmodern?</b> .....	139
Zur Neufigurierung von Gesellschaften im globalen Zeitalter	
<b>Neue subversive Protestformen im Feminismus</b> .....	151
<b>Nachwort</b> .....	163
Literatur .....	167
Textnachweise .....	181

# Einleitung

Bereits 1967 machte sich der aus dem Exil zurückgekehrte Theodor W. Adorno Gedanken über einen Rechtsruck in Deutschland, wobei aus heutiger Sicht verblüffend ist, wie sehr seine Analyse an die aktuelle Situation erinnert. Der von Adorno auf Einladung des Verbands Sozialistischer Studenten Österreichs an der Wiener Universität gehaltene Vortrag ist daher nicht nur von »historischem Interesse« (vgl. Buchankündigung zu Adorno 2019), weshalb dieser auch vom Suhrkamp-Verlag in einem eigenen kleinen Bändchen herausgegeben wurde (Adorno 2019). Ausgehend von den Wahlerfolgen der NPD, die bereits im November 1964, d.h. in den ersten beiden Jahren nach Gründung der Partei in der Bundesrepublik beachtlich waren (bis 1968 war die NPD in insgesamt sieben Landesparlamente eingezogen) (Weiß 2019: 60), untersucht Adorno die Hintergründe und Botschaften des Rechtsradikalismus seiner Zeit und kontrastiert ihn mit dem Faschismus der 1930er Jahre. Was waren die »Gründe für den Zuspruch«, den »rechtsextreme Bewegungen« in den frühen 1960er Jahren – »20 Jahre nach Kriegsende« – bei unterschiedlichen »Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung« fanden (vgl. Buchankündigung zu Adorno 2019)?

Der Vortrag von Adorno animiert dazu, Lektionen aus der Geschichte für die Frage nach den Gefährdungen westlicher Demokratien in der Gegenwart, die sich derzeit im Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsnationaler Parteien überall in Europa und in den USA manifestieren, zu ziehen. Rechtsgerichtete Bewegungen lassen sich nach Adorno »als die Wundmale, als die Narben einer Demokratie bezeichnen« (ebd.: 18), die dann entstehen, wenn demokratische Systeme ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht werden können – also unter Legitimitätsverlusten leiden. Als Quelle derartiger Verluste können wir heute innere Krisen (Vertrauensverluste oder sozialmoralische Krisen) und äußere Krisen (etwa wirtschaftliche, ökologische oder militärische Bedrohungen) identifizieren. Bezogen auf die Frage nach den Ursachen für den heutigen Erfolg der AfD und anderer Rechtsparteien Europas bietet sich daher ein historischer Vergleich nicht nur mit dem Aufstieg der NPD in der frühen Bundesrepublik, sondern auch mit »Weimar« an.

Die Auflösungsphase der Weimarer Republik ist in jüngerer Zeit nicht zufällig erneut in den Fokus von Historikern gerückt (Wirsching u.a. 2018). Gespenstisch ist geradezu, dass das Parteiensystem der Bundesrepublik zwischen 2017 und 2018 fast dem der Weimarer Schlussphase glich (vgl. Nolte 2018): Wir hatten auf der linken Seite zwei Parteien, die fast gleich stark waren, und bis in die jüngste Zeit hinein nicht miteinander koalieren wollen. Wir hatten und haben eine neue Rechte, von der ein Radikalisierungspotenzial ausgeht, sowie schrumpfende Volksparteien, die zusammen kaum mehr eine parlamentarische Mehrheit mehr erlangen (ebd.). Zwar hat sich diese Situation um die Mitte des Jahres 2019 mit dem Aufstieg der Grünen zur zweitstärksten Partei ein wenig relativiert, allerdings nur insoweit, als jetzt die SPD von dem Status der Volkspartei in den Status einer kleinen Partei gewechselt ist und die Grünen vorläufig die Stellung einer Volkspartei übernommen haben.

Auch in der Zusammensetzung der Wählergruppen der NSDAP, der NPD in der jungen Bundesrepublik und der AfD zeigen sich erstaunliche Parallelen, denn offenkundig erzeugen individuelle ökonomische Abstiege oder Armut aus sich allein heraus keinen politischen Radikalismus. Zentrale Bedingung rechtsradikaler Mobilisierung ist vielmehr eine emotionale Krise, nämlich die Frustration, die aus der nachhaltigen Enttäuschung sozialer Anwartschaften resultiert. Entscheidend ist die Erfahrung einer Diskrepanz zwischen für legitim erachteten Anspruchsberechtigungen (Sense of Entitlement) und der erfahrenen Wirklichkeit (Koppetsch 2019; Wirsching u.a. 2018: 12).

Gleichwohl nehmen ökonomische Krisen für gewöhnlich eine zentrale Stellung hinsichtlich der Gründe und Ursachen für den Aufstieg von Rechtsparteien ein. Für den Aufstieg des Nationalsozialismus war das offensichtlich. Aber auch in den westlichen Ländern der Gegenwart spielen ökonomische Krisen und wachsende soziale Ungleichheiten eine zentrale Rolle für das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsnationaler Bewegungen. Der Gründung der AfD ist die Eurokrise vorangegangen. In den »Transformationsländern« Osteuropas und in Ostdeutschland, deren Parteienlandschaften seit den 2010er Jahren durch rechtsnationalistische Parteien dominiert werden, hatte der Fall des Eisernen Vorhangs massive Deindustrialisierungsschübe und wirtschaftliche Abschwünge ausgelöst, die für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit normativen Orientierungsverlusten und/oder sozialen Abstiegen einhergingen.



Dabei sind es zumeist keineswegs die von der Krise am härtesten Betroffenen, nämlich die Verarmten, die Arbeitslosen oder die ökonomisch Abgehängten, die sich verstärkt rechten Bewegungen zuwenden, sondern vielmehr solche, die sich in ihrer Identität, ihrem Status oder ihrer gesellschaftlichen Rolle bedroht sehen. Nicht *Armut* oder *Prekarität*, sondern die Erfahrung der *Deklassierung*, der Verlust von *Etabliertenvorrechten* motiviert den Anschluss an rechte Bewegungen. Dies erklärt, dass es bei den genannten Rechtsparteien (NSDAP, NPD, AfD) keine alleinige soziale Unterstützerguppe gibt, vielmehr finden sich die Anhänger<sup>1</sup> der Rechten in allen drei genannten historischen Vergleichszeitpunkten »quer durch die gesamte Bevölkerung verteilt« (Adorno 2019: 14). Adorno sieht unter den Anhängern der NPD, abweichend von der damals vorherrschenden Ansicht, nicht nur kleinbürgerliche Gruppen, sondern auch durch landwirtschaftliche Krisen deklassierte Bauern und Winzer sowie unterschiedliche Bürger in den ländlichen Regionen. Und weit davon entfernt, nur alte Nazi-Kader anzusprechen, fühlten sich in der jungen Bundesrepublik auch junge Menschen angesprochen, ebenso privilegierte Bürger, Beamte und Angestellte.

Die schichtübergreifende Diversität ist charakteristisch auch für die NSDAP-Wähler, die von den Zeitgenossen ebenfalls überwiegend als eine Mittelstandspartei angesehen wurde, in Wirklichkeit aber zu etwa 40% aus Arbeiterhaushalten (der Gesamtanteil der Arbeiterschaft in der damaligen Bevölkerung betrug etwa 50%) und dabei vorwiegend aus handwerklich (weniger industriell) geprägten Betrieben stammten (Falter 2018: 67). Aber auch Menschen aus bürgerlichen Milieus schlossen sich der NSDAP an. Selbst wenn Sozialwissenschaftler der Weimarer Republik und viele deutsche Historiker sich weitgehend einig darin waren, dass »Panik im Mittelstand« (Theodor Geiger) der NSDAP die Wähler »in Scharen zugetrieben habe«, war die NSDAP von ihrer sozialen Zusammensetzung her in Wirklichkeit alles andere als eine homogene Partei, sondern eine Art »Volkspartei mit Mittelstandsbauch« (ebd.: 67, 69). Wie Jürgen Falter betont, kamen »weder ihre Wähler noch ihre Mitglie-

---

<sup>1</sup> Wenn in diesem Band von »Anhängern«, »Wählern«, »Befürwortern« etc. die Rede ist, sind stets Personen beiderlei Geschlechts gemeint – das gilt meist auch, wenn nur die weibliche Bezeichnung benutzt wird.

der (...) zur Gänze oder auch nur weit überwiegend aus einer einzigen sozialen Schicht« (ebd.: 69).

Die vergleichende Analyse von Wählergruppen unterschiedlicher Generationen von Rechtsparteien lässt schließlich auch den Schluss zu, dass Präferenzen für rechte Parteien bei den unterschiedlichen Wählergruppen *nicht primär* auf ökonomische Notlagen oder Armut zurückzuführen sind. Ähnlich wie bei den NSDAP- und den NPD-Wählern sind sozial benachteiligte oder wirtschaftlich gescheiterte Personen in der AfD oder auch in anderen Rechtsparteien in Europa deutlich weniger vertreten – Arbeitslose waren in der NSDAP und sie sind auch heute in der AfD unterrepräsentiert (ebd.: 69).<sup>2</sup> Unter den Wählergruppen der neuen populistischen Rechtsparteien finden sich – ähnlich wie schon in der NPD und in der NSDAP – auch Besserverdienende, Akademiker und Hochqualifizierte (heute mehr denn damals, allerdings stellen sie heute auch eine größere Gruppe innerhalb der Gesamtbevölkerung dar). Auch in anderen westlichen Demokratien finden sich Unterstützer quer durch alle sozioökonomischen Lagen – insbesondere in Deutschland und in den USA. Rund ein Drittel der AfD-Sympathisierenden gehört zum reichsten Fünftel der Bevölkerung und auch die Wähler von Donald Trump zeichnen sich eher durch ein überdurchschnittliches Einkommen und eine überdurchschnittliche Rate an College-Abschlüssen aus (Vorländer u.a. 2017: 143). Für Deutschland zeigen Wahlanalysen der Bertelsmann-Stiftung, dass die AfD bei der Bundestagswahl im September 2017 in allen Lagen vertreten war (Vehrkamp/Wegschaider 2017).<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Darüber hinaus finden sich die Anhänger rechtspopulistischer Parteien in West- und Nordeuropa nicht verstärkt im Prekariat, also bei Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängern oder den *working poor*, sondern überproportional, wenn auch keineswegs ausschließlich, in der Arbeiterklasse, der unteren Mittelschicht und beim Kleinbürgertum (Oesch 2008; Inglehart/Norris 2016: 27). Für Deutschland betonen Lengfeld (2017) auf Basis von Individualdaten und Schwander/Manow (2017) auf Basis von Kreisdaten eine Entkopplung von rechtspopulistischer Unterstützung und Sozialstruktur.

<sup>3</sup> Zwar zeigt sich, dass der Anteil der AfD-Wähler im »Prekären Milieu« mit 28% am höchsten liegt, doch finden sich AfD-Wähler auch in den Milieus der Mitte (14%), vor allem im Milieu der »Bürgerlichen Mitte« (20%), und selbst auch bei den sozial gehobenen Milieus (Vehrkamp/Wegschaider 2017: 38). Die Bertelsmann-Studie orientiert ihre Wahlanalyse an den »Sinus-Milieus«. Die Milieueinteilung der Sinus-Studie gruppiert Menschen, die sich in ihrer Lebensauf-

Auch in emotionspolitischer Hinsicht lassen sich Parallelen zwischen den alten und den neuen Rechtsparteien ausmachen: Beide sind zutiefst kulturpessimistische Bewegungen und kultivieren die Angst vor Heimatverlust und vor dem Verlust der nationalen Identität (Adorno 2019: 22). Adornos Anmerkungen zum antagonistischen Charakter des Nationalismus, dessen Aufblühen als Versuch der Selbstbehauptung inmitten der Integration gelesen werden kann, lassen sich nahezu passgenau auf die derzeitigen nationalistischen Absetzbewegungen innerhalb der EU (Weiß 2019) wie auch auf die kollektive Auflehnung der durch Globalisierung Enttäuschten gegen die Milieus der Kosmopoliten deuten. Die Abwehr von Fremden findet hier ihr symbolisches Zentrum. Und ähnlich wie die NPD-Anhänger in der jungen Bundesrepublik die »Überfremdung« der deutschen Gesellschaft durch Gastarbeiter fürchteten, so sieht sich heute die AfD als Verteidigerin der »deutschen Kultur«, die vorgeblich durch die Zuwanderung und vor allem durch den Islam bedroht sei.

Weitere Parallelen bestehen in dem propagandistischen Schüren von Katastrophenängsten. Wie eine Studie des Allensbacher Instituts für Demoskopie gezeigt hat, stimmen 74% der AfD-Anhänger der Aussage zu: »Wenn die Politik in Deutschland so weiter macht, dann treibt das Land in eine Katastrophe« (vgl. dazu Amann 2017: 221). Mit Adorno könnte man darin fast so etwas wie Katastrophenlust, »ein unbewusster Wunsch nach Unheil, nach Katastrophe« (Adorno 2019: 20) erblicken, das seines Erachtens charakteristisch auch für die NPD-Wähler seiner Zeit war. Adorno sieht darin allerdings nicht nur eine irrationale Anwendung, sondern auch eine objektive gesellschaftliche Basis: Wer keine Hoffnung mehr hat, dass sich seine persönliche Situation bessert, dem »bleibt eigentlich gar nichts andres übrig, als wie der Richard-Wagnersche Wotan zu sagen: ›Weißt Du, was Wotan will? Das Ende‹ –, der will aus seiner

---

fassung und Lebensweise ähneln, entlang zweier Dimensionen: »Soziale Lage« (Unter-, Mittel- oder Oberschicht) und »Grundorientierung« (»Tradition«, »Modernisierung/Individualisierung« und »Neuorientierung«). Grundlegende Wertorientierungen werden dabei ebenso berücksichtigt wie Alltagseinstellungen (zu Arbeit, Familie, Freizeit, Konsum, Medien etc.). Sozialdemografische Variablen (Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen etc.) dienen der näheren Beschreibung der Milieus. Ordnet man die Milieus aus der Wahlanalyse der Bertelsmann-Studie sozialen Schichten zu, so liegt die Unterstützung für die AfD in der Unterschicht bei 16%, in der Mittelschicht bei 14% und in der Oberschicht bei 8%.

eigenen sozialen Situation heraus den Untergang, nur eben dann nicht den Untergang der eigenen Gruppe, sondern wenn möglich den Untergang des Ganzen« (ebd.: 20).

Schließlich, und das ist vielleicht die wichtigste Parallele zwischen Weimar und der heutigen Situation, können die NSDAP wie auch die AfD als reaktionäre Protestbewegungen gegen identitätsbedrohliche Modernisierungsschübe verstanden werden. Rechtsparteien gedeihen nicht zufällig in solchen Gesellschaften und gesellschaftlichen Epochen, die einem rapiden Wandel ausgesetzt sind, der für die Gesellschaft im Ganzen zwar durchaus einen Fortschritt darstellen können, für einige Bevölkerungsgruppen, deren Lebensformen und Wertbezüge entwertet, d.h. durch den Wandel buchstäblich überholt werden, jedoch nachteilig ausfällt. Rechtsparteien versprechen diesen Gruppen nun die Wiederherstellung einer durch gesellschaftliche Umbrüche und Modernisierung verloren gegangenen Gesellschaftsordnung, sie stellen mithin im wahrsten Sinne des Wortes *reaktionäre* Antworten auf modernisierungsbedingte Veränderungen und strukturelle Deklassierungen infolge epochaler Umwälzungen dar.

Veränderungszyklen und rechte Reaktionsbildungen weisen in beiden historischen Epochen verblüffende Analogien auf: Wie Paul Nolte (2018: 3) feststellt: »In den Jahrzehnten um 1900 veränderte sich die Welt rasant.« Aus einer feudalen Agrargesellschaft wurde eine moderne Industriegesellschaft. »Die industrielle Revolution, mit Bildern von Zechen und Hochöfen und Textilfabriken« vollzog sich im 19. Jahrhundert zunächst primär auf ökonomischer und technologischer Basis.

Der eigentliche gesellschaftsumwälzende Modernisierungsschub erfolgte erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts und erfasste sämtliche gesellschaftlichen Bereiche »bis in alle Poren von Alltag und Lebenswelt« (ebd.): Urbanisierung, die Ausweitung des Verkehrs, die Verbreitung des Radios und des Kinos, die Expansion großstädtischer Vergnügungs- und Freizeiteinrichtungen sowie, schließlich, der Aufstieg der Angestellten zur stilprägenden Sozialfigur. Damit einher ging eine »folgenreiche Umwälzung der Kommunikation, der Mobilität und auch der sozialen Hierarchien« (ebd.). Sichtbar wurde die kulturelle Revolution vor allem auch im Geschlechterverhältnis: Frauen konnten nun auch Hosen und die Haare kurz tragen und durften wählen.

Ein ganz analoger epochaler Umbruch vollzieht sich auch gegenwärtig vor unseren eigenen Augen. Wir erleben derzeit den Übergang von

der nationalstaatlich verankerten industriellen hin zur postindustriell-globalen Gesellschaft. Aus einer analogen, im nationalen Container beheimateten Industriemoderne wird eine transnational vernetzte, digital operierende globale Moderne. Auch hier ging der Anstoß zur Veränderung sehr viel früher, nämlich von den kulturellen Gegenbewegungen und der sukzessiven Globalisierung von Wirtschaft und Politik – beginnend in den 1970er Jahren – aus und fand sein bislang symbolträchtigstes Ereignis im Fall der Mauer. Die gesamte Tragweite der damit angestoßenen Veränderungen zeigt sich allerdings erst heute: Aus den Hochöfen, Zechen und Fabriken von einst sind heute Kulturdenkmäler geworden, die zur touristischen Aufwertung von Städten beitragen. Westliche Mittelschichten erleben in allen europäischen Ländern einen rapiden Prozess der De-Industrialisierung, der Erwerbsbiografien und auch das Alltagsleben grundlegend umgestaltet hat. Unternehmen verwandeln sich zu transnationalen Wertschöpfungsketten, die Produktionsstandorte quer über den ganzen Globus verteilen.

Es entsteht eine neue postindustrielle Klassengesellschaft, deren oberes Drittel sich durch gehobene Bildung und exklusive Wohnquartiere in einer urban-akademischen Ober- bis Mittelklasse abschließt und deren unteres Drittel zunehmend den Anschluss an die Mittelschicht verliert und sich vor unseren Augen zu einem transnationalen Unten, einer prekär beschäftigten autochthon-migrantischen Dienstleistungsklasse, formiert. Ausgehend von der Liberalisierung der Finanzmärkte kam es zur Herausbildung globaler Cities, die als Steuerungszentralen eines auf Wissen, Ideen und Innovationen basierenden, immateriellen Kapitalismus fungieren und eine hohe Konzentration akademisch qualifizierter Wissensarbeiter und Experten aufweisen. Multinationale Konzerne nehmen Einfluss auf Regierungen und definieren politische Regeln. Nationalstaaten und Nationen verlieren an Autarkie, da nationale Arbeitsregulative und wohlfahrtstaatliche Standards durch transnationale Unternehmen unterlaufen werden. Schließlich verlieren auch nationale Regierungen und Verbände an Macht, während supranationale Regierungsorganisationen wie etwa die UNO, die Weltbank oder auch Freihandelsabkommen an Bedeutung gewinnen.

Gegen diese Veränderung richten sich nun die neuen rechtspopulistischen Protestbewegungen. Für europäische Länder spielt dabei die EU, die von den meisten Rechtsparteien abgelehnt wird, eine symbolträchtige

Schlüsselrolle. Von der EU stammt inzwischen ein Großteil der Gesetze in den Bereichen Währung, Wirtschaft, Regionen, Verkehr und Umwelt (Bach 2008), während die Volksparteien teilweise immer noch so tun, als ob sie das Land im Rahmen nationaler Grenzen regieren. Schließlich sind Gesellschaften durch Migration, den Aufstieg von Frauen und kulturelle Pluralisierungsprozesse auch im Inneren vielfältiger geworden. Die kognitive Ausrichtung des Kapitalismus und die zunehmende Integration kultureller Felder – wie etwa die Kunst, die Wissenschaft, die öffentlichen Kulturbetriebe – in Märkte, führten zur Aufwertung urban-kosmopolitischer Arbeits- und Lebensformen und zum Aufstieg der akademischen Mittelschicht zur postindustriellen Elite. Kennzeichnend für die Kultur der globalen Moderne ist dann nicht mehr das Leitbild des klassischen Arbeitnehmers, sondern die Leitfigur des neubürgerlichen Kultur- oder Wissensarbeiters.

Globalisierung hat im ausgehenden 20. Jahrhundert somit zunächst die Wirtschaft, im beginnenden 21. Jahrhundert dann auch Politik und Gesellschaft – bis in die Tiefenstrukturen hinein – umgewälzt. Dabei kam es zu einer Veränderung auch der alltäglichen Kultur und ihrer Bewertungsmaßstäbe. Flexibilität, unternehmerisches Wissen, Eigeninitiative und Begeisterungsfähigkeit wanderte an die Spitze der erwünschten Persönlichkeitsmerkmale. Mit frappierenden Folgen für gesellschaftliche Mentalitäten und soziale Hierarchien: Kultur ist heute nicht mehr ein unverbrüchliches Fundament geteilter Werte und Orientierungen, sondern wird zunehmend als Ressource flexibler Identitätsarbeit und unternehmerischer Wertschöpfung betrachtet. Dadurch haben sich die Spielregeln in Ökonomie, Politik, Kultur und Konsum grundlegend verändert, was zur Umschichtung klassenspezifischer Ressourcen- und Kapitalausstattungen und zur Neuausrichtung sozialer Flugbahnen geführt hat. Während kulturkosmopolitische Milieus aufsteigen konnten, sehen sich ganz unterschiedliche konservative, bislang etablierte Gruppen strukturell deklassiert (Koppetsch 2019). Letzteren stellt sich der gesellschaftliche Wandel hin zur globalen Moderne oftmals als Entwertung all dessen dar, woran lange Zeit geglaubt wurde, worin investiert wurde, worauf sich die Hoffnung auf intergenerationale Prosperität gründete. Darunter fallen in Deutschland ganz unterschiedliche Gruppen: etwa konservative Bildungseliten, die einem humanistischen Wissensethos anhängen, traditionelle Männer, die sich in ihrer in der Industriemoderne noch

garantierten Rolle als Familienernährer entwertet sehen, Landbewohner deindustrialisierter Regionen, Handwerker in Kleinstbetrieben und auch Angestellte in Großunternehmen wie etwa bei Daimler, die den Kampf um Fahrverbote und für Elektromobilität nicht nur als Bedrohung ihrer Arbeitsplätze, sondern auch als moralische Entwertung ihrer Lebensleistung sehen.

Umwälzende Modernisierungsschübe erzeugen Verwerfungen innerhalb etablierter Rangordnungen, die bei den Zurückfallenden oftmals zu emotionalen Krisen führen. Dies erklärt den Erfolg von Rechtsparteien auf der Nachfrageseite. Darüber hinaus existiert aber auch eine Angebotsseite, denn die Weltanschauungen und Programmatiken der Rechtsparteien gehen nicht unmittelbar aus den Deklassierungserfahrungen hervor, vielmehr bedürfen diese eines kollektivstiftenden Sprachrohrs der Politik bzw. der politischen Parteien, durch die individuelle Nöte und persönliche Frustrationserfahrungen allererst eine gesellschaftliche Basis erlangen und einen Nomos, eine bedeutungsstiftende symbolische Klammer erhalten. Die politische Intervention bricht mit den hegemonialen Klassifikationen und schafft ein Gruppenbewusstsein durch Stiftung eines *common sense*, eines ausdrücklichen Konsenses der ganzen Gruppe (Bourdieu 1991: 19) und ein positives Identitätsgefühl. Damit erreicht der symbolische Klassenkonflikt eine politische Dimension – er führt zur Entstehung einer neuen politischen Gemeinschaft mit ihren eigenen Geltungs- und Bewertungsmaßstäben. Folgen wir Bourdieu, so geht es im politischen Feld ganz grundsätzlich um die Durchsetzung öffentlicher Wahrheiten und allgemeingültiger Gesellschaftsbilder. Hier fließen also der Wunsch nach symbolischer Rehabilitierung der Entwerteten und der Kampf um ihre Wahrheit zusammen. Parteien erzeugen somit allererst das gemeinschaftsstiftende Kollektiv, durch das serielle und individuelle Entwertungserfahrungen, Ängste, Nöte und Unsicherheiten in eine alternative Welt, d.h. in eine soziale Existenz gerufen werden und mithin in eine öffentliche und damit legitime Wahrheit überführt werden können.

Dies – so könnte man sogleich einwenden – ist doch kein Alleinstellungsmerkmal von Rechtsparteien. Sind nicht gerade auch linke Parteien aus Entwertungserfahrungen entstanden? Ist es nicht ureigene Aufgabe sozialdemokratischer oder linker Parteien, das politische Sprachrohr der Gekränkten und Zurückgesetzten zu sein? Auch die durch linke politische

Oppositionsparteien in sich vereinen, von Ausbeutung oder Deklassierung betroffenen, Gruppen entdecken sich und ihre Bedarfe in einer bestimmten, Zustimmung erheischenden politischen Programmatik – und sie entdecken sie und sich *als Kollektiv*. Der Unterschied linker und rechter Klassenpolitik besteht jedoch in zwei Hinsichten. Auf der Nachfrageseite unterscheiden sich die mobilisierten Anhänger hinsichtlich der *Art* der Deklassierung. Rechtsparteien werden im Unterschied zu Linksparteien nicht von (gefühlten) *Minoritäten*, also von entrechteten, prekären oder ausgebeuteten Randgruppen, sondern von (gefühlten) *Majoritäten*, d.h. von gesellschaftlichen Insidern, den *Etablierten* präferiert. Minoritäten hoffen auf eine bessere Zukunft, sie können etwas *dazugewinnen*, wenn sie sich gegen Ausbeuter, ungerechte Herrscher oder benachteiligende Strukturen wehren, Etablierte hingegen haben etwas zu *verlieren* oder dieses bereits verloren. Nicht zufällig gehören zu den Wählergruppen der neuen Rechtsparteien mehr Männer als Frauen, in den USA vor allem »Weiße« und christlich-evangelikale Gruppen, die sich bislang im Einklang mit der gesellschaftlichen Ordnung und ihren Hierarchien wussten, nun aber ihre bisherigen Privilegien bedroht sehen. Die unterschiedliche Blickrichtung ist ein fundamentaler Unterschied, der sich auch in den politischen Inhalten und Ideologien, also auf der Angebotsseite, widerspiegelt. Rechtsparteien bespielen die politische Kollektivität anders als linke Bewegungen nicht über utopische Gesellschaftsbilder, also über das Versprechen einer *besseren Zukunft* – etwa unter dem Vorzeichen sozialer Gerechtigkeit und universeller Gleichheit –, sondern über das Versprechen der *Wiederherstellung* des Vergangenen bzw. der verlorenen oder verloren geglaubten Privilegien. Sie versprechen also die *Restauration* der verloren geglaubten früheren Ordnung samt der darin enthaltenen sozialen Hierarchien.

Der zweite Aspekt betrifft die Frage nach großen ideologischen Zyklen und der Glaubwürdigkeit gesellschaftlicher Großerzählungen. Demokratien leben von spezifischen Legitimationsressourcen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten. Wie Kuhn (2018) verdeutlicht, können wir mit Max Weber (1978: 948) davon ausgehen, dass disruptive Ideologien dann wahrscheinlich werden, wenn die Gesellschaftsordnung ihrer eigenen Agenda nicht mehr gerecht werden kann, d.h., wenn demokratische Normen an Glaubwürdigkeit, an Legitimität verlieren (Kuhn 2018). Rechte Parteien folgen einer dezidiert anti-



liberalen Agenda, da sie für die Wiedereinsetzung von »Ordnung und Struktur«, für Sicherheitsinteressen und für autoritäre Regeln eintreten – oftmals unter Berufung auf vorgeblich natürliche Hierarchien und organisatorische Gesellschaftsbilder, welche demokratische Prozesse der Aushandlung gesellschaftlicher Ordnungen zugunsten autoritärer Strukturen unterbinden (Abromeit u.a. 2016). Rechte Ideologien richten sich zumeist explizit gegen liberale Hegemonien und liberale Eliten, die sie als widernatürlich, unordentlich oder gar als unrein ausgeben (z.B. das geflügelte Wort der »links-versifften« grün-roten Regierung). Doch diese Haltung entspringt keineswegs einem unmotivierten und irrationalen Zerstörungsdrang, wie viele Anhänger etablierter Parteien oftmals glauben, sondern einer fundamentalen Legitimationskrise der herrschenden Ordnungsprinzipien. Mit Max Weber können wir nun davon ausgehen, dass die antiliberalen Ideologien der Rechten Resonanz erfahren, wenn liberale Eliten und Hegemonien von unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung als *dysfunktional* erfahren werden (Kuhn 2018).

Und hier zeigt sich in der Gegenwart wiederum eine Parallele zur Weimarer Republik, denn ähnlich wie heute der Neoliberalismus, so verlor unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise der klassische Liberalismus des beginnenden 20. Jahrhunderts in Europa und den USA rapide an Legitimität. Dem Aufstieg der NSDAP ging eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Großkrise voraus, die zum Legitimationsverlust der liberalen Hegemonie – damals des klassischen Liberalismus – beträchtlich beigetragen hat (ebd.). Massenarbeitslosigkeit und gravierende soziale Ungleichheiten hatten in der Weimarer Republik das Vertrauen in den moralischen Universalismus und in das aufkeimende freiheitlich-demokratische politische System, das sich auf universelle Menschenrechte und Werte beruft, erschüttert. Ohne die Auflösung der parteipolitischen Bindungen im Verlauf mehrerer gesellschaftlicher Großkrisen, wie etwa der tiefgreifenden Agrarkrise und der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit wäre die NSDAP nach Einschätzung von Jürgen Falter (2018) wohl eine Kleinpartei geblieben. Die heutigen Krisenerscheinungen nehmen sich dagegen nahezu harmlos aus, gleichwohl können analoge Legitimationseinbrüche auch heute beobachtet werden, da sich (neo-)liberale Ordnungen zunehmend als *dysfunktional* erweisen.

Die heutigen Legitimationskrisen manifestieren sich auf unterschiedlichen Ebenen. So etwa hat die Finanzkrise auch in Ländern wie etwa

Deutschland, Schweden, die Niederlande oder Frankreich, die von den Krisenerscheinungen vergleichsweise wenig getroffen wurden, zum Aufstieg der neuen Rechtsparteien geführt. Nicht die unmittelbare Betroffenheit, materielle Deprivationen oder existenzbedrohliche Prekarität stellt dabei das populistische Moment der Euro- und Finanzkrise dar, sondern vor allem der Vertrauensverlust in das wirtschaftsliberale Paradigma. Dieser resultiert aus dem Umstand, dass die katastrophalen Folgen der Finanzkrise nur durch steuerlich finanzierte Staatsinterventionen abgewendet werden konnten. Sichtbar wurde für alle, dass wirtschaftsliberale Prinzipien, die ja eigentlich dem Wohle der Gesamtheit dienen sollten, offenkundig nicht nur zur Vergrößerung sozialer Ungleichheiten beigetragen, sondern darüber hinaus ein destruktives Potenzial entfalten.

Und obwohl diese Erkenntnis von den meisten linken Parteien geteilt wird, blieb sie bislang ohne Konsequenzen. Weder kam es zu einer umfassenden Regulation der Finanzmärkte und ihres Einflusses auf Wirtschaftsunternehmen, noch konnten die durch wirtschaftsliberale Regulierungen erzeugten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, wie etwa die unfaire Verteilung von Steuerlasten, die Macht der großen Konzerne, gesellschaftliche Spielregeln zu bestimmen, die plutokratische Verteilung unternehmerischer Gewinne, die Stagnation der Einkommen der gesellschaftlichen Mehrheiten, die Möglichkeiten zur Steuerflucht für Reiche etc., bis heute auch nur annäherungsweise eingedämmt werden. Vor dem Hintergrund derartiger Dysfunktionen erscheint die EU vielen Menschen in Ost- wie auch in Westeuropa als eine politische Gemeinschaft, die vorrangig den Interessen der Eliten nützt. Offenkundig ist auch, dass Globalisierungsprozesse und die Ausweitung von Freihandelszonen zwar mit liberalen Prinzipien begründet und gerechtfertigt werden, diese jedoch in ihren Auswirkungen und Praktiken alles andere als liberal sind, da sie zu immer größeren Konzentrationsprozessen bei Wirtschaftsunternehmen und der Herausbildung von Unternehmens-Oligopolen führten.

Noch paradoxer erweisen sich die Auswirkungen marktliberaler Prinzipien, wenn sie auf öffentliche Betriebe wie Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, staatliche Museen etc. angewendet werden, da sie den professionellen Akteuren immer mehr Kompetenzen streitig machen und einen neuen gouvernementalen Autoritarismus erzeugt haben. So führte die Top-Down-Implementierung von Wettbewerbs- und Marktprinzipien unter der Ägide des New Public Management (NPM) in Universität

und Wissenschaft nicht etwa zu mehr, sondern zu weniger beruflichen Freiheiten bei den Betroffenen und nicht etwa zu einem Zugewinn an wissenschaftlichen »Innovationen«, sondern aufgrund der Ausweitung quantitativer Anreizstrukturen und planwirtschaftlicher Leistungsvereinbarungen zwischen Universitätsmanagement und Fakultäten zu mehr Konformität: Konformität mit dem universitären Management, mit den herrschenden wissenschaftlichen Paradigmen, mit drittmittelbasierter Kollektivforschung und damit zu einem Verlust an Vielfalt (Plaggenborg 2019). Zudem führte die Einführung des NPM zur Ausdehnung zentralisierter Kontrollinstanzen und zur immer stärkeren Konzentration von Machtchancen in den Händen des Managements, welche »den Wettbewerb« unter den Dienstleistern steuern und durch Antragsformalitäten und Rechenschaftspflichten mit einem ungeahnten bürokratischen Mehraufwand versehen. Wem nützt dann das System?

Solange der Liberalismus noch nicht »neo« war und die Tendenzen staatlicher Interventionen durch Institutionen der Umverteilung und des Wohlfahrtsstaates flankiert wurden, welche die Macht von Unternehmen und Eliten einschränkten, und solange der Liberalismus von »unten« (etwa durch die Alternativbewegungen) in die Gesellschaft gegen die verkrusteten Strukturen geltend gemacht werden konnte, konnte er mit Fug und Recht als progressiv empfunden werden und bei größeren Bevölkerungskreisen mit Zustimmung rechnen. Wo er sich hingegen heute unter der Ägide des Neoliberalismus in Widersprüche verstrickt, etwa weil er wachsende Ungleichheiten legitimiert, illiberale Folgen zeitigt oder gar einem neuen Autoritarismus Vorschub leistet, wird er unglaubwürdig oder befindet sich gar in einem performativen Selbstwiderspruch: Die angewendeten Mittel konterkarieren das angestrebte Ziel. Schließlich hat auch der Kulturliberalismus in den Augen unterschiedlicher, eher konservativer Bevölkerungsgruppen seinen emanzipatorischen Impetus verloren. Kosmopolitismus, globale Migration und kulturelle Vielfalt tragen nicht nur zum Abbau von Diskriminierungen (vornehmlich von Migranten und Frauen) bei, sondern begründen auch neue Distinktionsordnungen. Wo die einen ein Bleiberecht für Flüchtlinge, Gleichberechtigung für jedwede sexuelle Orientierung und *diversity* fordern, nehmen die anderen wahr, dass ihre gewohnte Existenzform zurückgedrängt wird. Bevölkerungsgruppen, die sich bislang als Säulen der Industriemoderne begriffen haben und sich an Werten wie Disziplin, Loyalität, Aufrichtigkeit

orientieren, sehen sich in der globalen Wissensgesellschaft an den Rand gedrängt und im Konkurrenzkampf um Lebenschancen benachteiligt.

Offenkundig ist das liberale Paradigma, das die zentrale Erzählung der letzten 40 Jahre war, auf ganzer Linie in eine Krise geraten. Dies betrifft sowohl seine wirtschaftsliberale wie auch seine kulturliberale Ausformung. Die Krise des Neoliberalismus zeigt sich nämlich gerade daran, dass sowohl die ökonomische Spielart, welche die Öffnung der Märkte, die Deregulierung von Finanzmärkten und Arbeitsbeziehungen vorangetrieben hat, wie auch die kulturelle Spielart, nämlich der Kulturliberalismus, der Selbstverwirklichungswerte und Kulturkosmopolitismus propagiert, seine Vorbildfunktion eingebüßt hat. Gegen all diese Missstände mobilisieren die neuen Rechtsparteien nun illiberale Gesellschaftsbilder und partikulare Gemeinschaften – das Volk, die Nation, das christliche Abendland etc. – die an die Stelle der kosmopolitisch-universalistischen, auf individuelle Freiheiten und transnationale Verflechtungen setzenden Politik treten sollen.

Es bleibt somit nicht bei der bloßen Kritik – etwa bei Euroskepsis oder der bloßen Zurückweisung von transnationalen Öffnungen –, es kommt zur Herausbildung eines alternativen Gesellschaftsbildes, einer alternativen Sichtweise auf die Dinge. Gegen Multikulturalismus, Kosmopolitismus und die universelle Geltung von Menschenrechten wird der Vorrang der Eigengruppe geltend gemacht. Der liberale Anspruch moralischer Universalität wird seitens der Anhänger der neuen Rechtsparteien dabei nur noch als Zeichen der Vernachlässigung legitimer Gruppeninteressen (der eigenen Nation bzw. »des Volkes«, der Region, des christlichen Abendlandes etc.) betrachtet, deren moralische Integrität durch Globalisierungsprozesse bedroht scheint.

Sinnstiftende Normen und Werte und bisherige institutionelle Routinen, die durch den beschleunigten Wandel erodiert sind, werden nun in exklusiv-ethnischen Gemeinschaften und nationalen Ideologien gesucht, welche die Wiedergewinnung einer ursprünglichen nationalen Größe bzw. Tradition versprechen und sich scharf nach außen abgrenzen. Ähnlich wie in Weimarer Zeiten kann das reaktionäre Rollback somit als eine Reaktion auf die liberalen Zumutungen betrachtet werden, die man nicht länger erträgt, weil man in ihnen die Ursache der eigenen kulturellen Entfremdung wie auch die illegitime Zurücksetzung der Interessen der eigenen Gruppe sieht.

Mit der grundsätzlichen Zurückweisung des Liberalismus werden nun auch die politischen *Wahrheiten* der liberalen Parteien, die jetzt zunehmend als »das Establishment« wahrgenommen werden, nicht mehr akzeptiert und bekämpft. An die Stelle tritt die Präferenz für autoritäre Strukturen und nationale Schließungen. Das gilt im umfassenden Sinne: Die verschiedenen Ausformungen von Illiberalität – politisch, gesellschaftlich-kulturell (exklusive Solidarität) und auch wirtschaftlich, etwa im nationalen Protektionismus – werden in rechten Programmen oftmals miteinander verbunden und stärken sich gegenseitig. Sie kulminieren in der Ablehnung des Migranten, des Fremden, der als Stellvertreter und vermeintliche Ursache für die negativen Auswirkungen von Globalisierungsprozessen, wie etwa Grenzüberschreitung, Kosmopolitismus, De-Industrialisierung und Arbeitskräfteschwund und unbewältigter Komplexität – herhalten muss. Besonders frappierend ist neben der Ablehnung von Migration und Muslimen, die eine vergleichbare Stellung wie in den 1930er Jahren der Antisemitismus einnimmt, die alt-neue Frauenfeindlichkeit der Rechtsparteien, die mal paternalistisch, mal offensiv chauvinistisch und mal scheinbar emanzipatorisch, nämlich durch die Forderung, ein Bekenntnis zur Hausfrauenehe müsse »wieder möglich sein«, zum Ausdruck gebracht wird.

Der Rechtspopulismus in Europa und in den USA stellt somit den gesamten etablierten politischen Interpretationsrahmen liberaler Gesellschaftsordnungen in Frage. Der Angriff auf bislang etablierte politische Wahrheiten und liberal-demokratische Institutionen konnte aber nur deshalb so erfolgreich sein, weil demokratisch-freiheitliche Werte auch von innen ausgehöhlt worden sind. Wo das Vertrauen in liberale Institutionen schwindet, verlieren auch die liberalen Werte – wie etwa Kosmopolitismus, kulturelle Vielfalt, Markt und unternehmerisches Denken – an Glaubwürdigkeit. Sie werden nicht mehr als Identifikationsangebot, sondern als Heuchelei empfunden. Dies gilt in politischer genauso wie in psychologischer Hinsicht, da hochgetriebene Appelle an individuelle Eigenverantwortung durch wachsende gesellschaftliche Schließungs- und Zentralisierungsprozesse und sozialstrukturelle Polarisierungstendenzen konterkariert werden und Ohnmachtsgefühle verstärken.

Gleichwohl dürfen die gravierenden Unterschiede zwischen der NSDAP, deren Aufstieg den krisenhaften Übergang von einer Agrargesellschaft in die beginnende Industriemoderne markiert, und den neuen

Rechtsparteien, deren Aufstieg in die Übergangsphase von der Industriemoderne zur globalen Moderne fällt (Koppetsch 2019), nicht unterschlagen werden. Der westliche Rechtspopulismus ist nicht mit Faschismus zu verwechseln und anders als zur Weimarer Zeit ist die heutige Gesellschaft ungleich zivilisierter, demokratischer und (noch) sehr weit von den damaligen Krisenerscheinungen entfernt. So etwa gibt es heute keine bewaffneten Straßenkämpfe mehr – militante Gruppen waren in der Weimarer Republik alltägliche Normalität. So erklärt der Historiker Paul Nolte, dass die Gewaltbereitschaft der militarisierten Gesellschaft »nach dem Ersten Weltkrieg immens« war: »vor allem auf der extremen Rechten, aber auch ganz links« (Nolte 2018). Die heutigen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eliten sind trotz der jüngsten Zunahme illiberaler Tendenzen und Mentalitäten in der Zivilgesellschaft ungleich demokratischer und republikanischer gesinnt, als das nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Fall war. Auch sind die Parteien kompromissfähiger und die übergroße Mehrzahl der Bundesbürger fühlt sich den Grundsätzen der liberalen Demokratie weitaus stärker verbunden, als das jemals in der Weimarer Republik der Fall war. Diese Systemloyalität bildet aller Voraussicht nach eine gute Grundlage, um auch gesellschaftliche Großkrisen durchzustehen (Plumpe 2018).

Auch die politischen Orientierungen von Faschismus und Rechtspopulismus unterscheiden sich gewaltig. Das Ziel des Faschismus unter Hitler war die große »Reinigung« der Gesellschaft, die kollektive Katharsis unter der Führung eines charismatischen Alleinherrschers. Derartige Fantasien existieren heute nur im rechtsextremen Rand, nicht aber bei der überwiegenden Mehrheit der AfD-Wähler. Die Erfahrungen mit faschistischen Diktaturen sind ernüchternd und erschreckend und der AfD geht es – ebenso wenig wie Trump – nicht darum, die Parteiendemokratie abzuschaffen. Der Vorwurf besteht im Gegenteil ja gerade darin, dass sich die Eliten zu sehr abschotten, dass sich viele gesellschaftliche Gruppen politisch, gesellschaftlich wie auch kulturell nicht mehr repräsentiert sehen. Man möchte mehr Mitspracherechte, Basisdemokratie und das Gefühl, mit den eigenen Werten oder Anliegen in der Gesellschaft auch vertreten zu sein (Eatwell/Goddwin 2018).

Schon der Generalverdacht, bei den AfD-Anhängern handelt es sich samt und sonders um »Nazis«, verstellt den Blick auf legitime Anliegen

der Partei: Die Klage über die Abschottung von Eliten, die zunehmend illiberalen Forderungen der »liberalen« Führungskräfte in Verwaltung und Unternehmen, die Frage nach der Integrationsfähigkeit des Islam und den Gefährdungen der Globalisierung muss gestellt werden dürfen. Nicht alle Sorgen der neuen Rechtsparteien sind unbegründet: Sehr offensichtlich ist das bei den euroskeptischen Positionen der Fall, denn offenkundig hat die europäische Integration nicht nur für die ausgewiesenen Krisenländer Griechenland und Italien Nachteile mit sich gebracht, selbst in Deutschland, das aufgrund seines Handelsüberschusses eindeutig zu den Gewinnern der EU-Politik gezählt werden kann, ist die Umstellung gewaltig und der zu zahlende Preis für einige Bevölkerungsgruppen beträchtlich: stagnierende Löhne, wachsende Zentralisierungs- und Bürokratisierungstendenzen durch EU-Konsortien und EU-Gesetzgebungen, Entmachtung lokaler und nationaler Eliten, schrumpfende Regionen und – für spezifische Berufsgruppen – auch Arbeitsmarktkonkurrenz seitens Migrant\*innen aus unterschiedlichen EU-Ländern (Arbeitsmarktfreizügigkeit).

Auch die Ablehnung von Migration und Islam entspringt nicht allein einer kollektiven Sündenbock-Hysterie, sondern basiert in bestimmten Bevölkerungsgruppen auf durchaus begründeten Ängsten. Nicht von der Hand zu weisen ist zwar, dass die Angst vor »Überfremdung« oder »Überwältigung« durch Muslime zu großen Teilen aus Quellen rührt, die weniger mit der von Muslimen angeblich ausgehenden Bedrohung selbst als mit den kollektivpsychologischen Folgen der gesellschaftlichen Umbrüchen im Zuge von Globalisierungs- und Öffnungsbewegungen zu tun haben. Zudem gilt: Westeuropäische Gesellschaften und auch die USA sind aufgrund ihres Bevölkerungsschwundes und ihres großen Bedarfs an Arbeitskräften dringend auf Einwanderung angewiesen und haben sich in den letzten Jahren zu multi-ethnischen Populationen entwickelt, während das Deutschland der Weimarer Republik nicht nur ethnisch homogener, sondern aufgrund eines akuten Arbeitskräfteüberschusses ein Auswanderungsland gewesen war. Gleichwohl wird innerhalb des öffentlichen Diskurses der Klassenbias in der Bewertung von Einwanderung gegenwärtig oft nicht hinreichend berücksichtigt. Ob Einwanderung als positiv oder negativ empfunden wird, hängt nicht unwesentlich von regionalen und klassenspezifischen Standpunkten ab: Während Unternehmer und Politiker sich um die Qualifizierung bzw. Anwerbung mig-

rantischer Fach- und Pflegekräfte bemühen und städtisch-akademische Mittelschichten von der Ausweitung des migrantischen Arbeitskräftereservoirs, insbesondere in den haushaltsnahen Dienstleistungen, profitieren, sehen weniger privilegierte und ländliche Milieus in Migrant\*innen aus dem globalen Süden eine unliebsame Konkurrenz um Löhne und Transferleistungen (vgl. Krastev 2017, Mounk 2018). Dass diese Wahrnehmung oft trügt, weil diese Migrant\*innen keineswegs, wie oft behauptet, in die Sozialsysteme einwandern, sondern überwiegend erwerbstätig und zudem bereit sind, Arbeiten in der Landwirtschaft, im Bau und in gering bezahlten Dienstleistungsberufen zu Bedingungen zu übernehmen, die für autochthone Bevölkerungsgruppen schlichtweg inakzeptabel sind, wird dabei oftmals unterschlagen (Weiß 2017). Dennoch können einige Sozialwissenschaftler, wie etwa der Oxford-Ökonom Paul Collier (2016), belegen, dass die Einwanderung aus ärmeren Ländern zwar den Einwanderern selbst wie auch der Aufnahmegesellschaft im Ganzen nützt, zugleich aber den weniger privilegierten Bevölkerungsschichten und ihren Zukunftsaussichten schaden würde.

Die klassenspezifisch unterschiedliche Bewertung von Einwanderung erklärt jedenfalls, warum die Ablehnung von Migration und Migrant\*innen und der Erfolg der rechtspopulistischen Parteien paradoxerweise dort am größten ausfällt, wo insgesamt die wenigsten Migrant\*innen aufzufinden sind, nämlich in den ländlichen Regionen und in osteuropäischen Ländern wie etwa Polen und Ungarn, wo die Gesamtzahl der Einwanderer insgesamt sehr niedrig ist, wohingegen in den Städten, die über die höchsten Zuwanderungszahlen verfügen, der Erfolg der neuen Rechtsparteien am geringsten ist. In den Städten konzentrieren sich liberale Menschen, die »sich bewusst dafür entscheiden, in einer bunten Gegend zu wohnen« und positive Einstellungen zur Einwanderung haben (Mounk 2018: 199). Diese Stadt-Land-Differenz erklärt sich nicht nur daraus, dass die großen Städte weltoffene, gut ausgebildete Menschen anziehen und der regelmäßige Kontakt mit Minderheitengruppen Vorurteile abbaut, sondern auch daraus, dass die akademische Mittelschicht zunehmend als Arbeitgeber des neuen Dienstleistungsproletariats auftritt und von dem wachsenden Reservoir migrantischer Arbeitskräfte und der Ausweitung geringqualifizierter Dienstleistungsberufe profitiert.

Eine regionale Standortgebundenheit zeigt sich schließlich besonders eklatant in der Sorge vor einem »Bevölkerungsaustausch«, in der Angst



nämlich, Angehörige ethnischer Mehrheiten könnten irgendwann einmal in der Minderheit sein. Die Angst findet sich besonders häufig in schrumpfenden Regionen in Ostdeutschland und Osteuropa, die angesichts des demografischen Wandels und massiver Auswanderungswellen die Angst vor dem »ethnischen Verschwinden« umtreibt (Krastev 2017). Diese Ängste sind auf der Folie historischer Erfahrungen möglicherweise weniger absurd, als es zunächst erscheint (Mounk 2018: 202ff.). So bemerkt der bulgarische Philosoph Ivan Krastev, dass »in der jüngeren Geschichte Ost- und Mitteleuropas« Nationen und Staaten immer wieder verschwunden seien und das Argument, ein alterndes Europa sei auf Zuwanderer angewiesen, die Furcht vor dem kollektiven Verschwinden eher noch befeuert (Krastev 2017: 61).

Der Aufstieg der neuen Rechtsparteien kann zusammenfassend daher als Reaktion auf einen epochalen Umbruch gedeutet werden, der ausgehend von dem Fall des Eisernen Vorhangs alle westlichen Gesellschaften erfasst hat. Wie in den unterschiedlichen Beiträgen des Bandes gezeigt werden soll, sind die neuen Rechtsparteien vor allem dort besonders erfolgreich, wo es ihnen gelingt, emotionspolitische (der Ausdruck von Zorn auf die Eliten und Ressentiments gegenüber Einwanderern), symbolpolitische (der Wunsch nach nationaler Größe und die Bewahrung nationaler Traditionen und Werte) und realpolitische Anliegen (wie in einigen Ländern etwa der Schutz der einheimischen Wirtschaft vor ausländischen Investoren oder Finanzkonglomeraten, die Zurückdrängung der EU) aufzugreifen und in ein Antiglobalisierungs-Narrativ zu integrieren. Anders als linke Parteien, die in europäischen Ländern einen immer kleineren und eher gebildeten Bevölkerungsanteil repräsentieren, profitieren Rechtsparteien von den neuen, durch Transnationalisierung und Migration ausgelösten Spaltungen zwischen den sich zunehmend entleerenden peripheren und den prosperierenden urbanen Regionen sowie zwischen den aufsteigend-akademischen und den deklassierten konservativ-traditionellen Gruppen. Der Aufstieg der Rechtsparteien ist vor diesem Hintergrund als Reaktion der durch Globalisierungsprozesse Benachteiligten zu verstehen. Konservative Wirtschafts- und Kultureliten sowie traditionelle Mittel- und Unterschichten gehen dabei ein politisches Bündnis gegen »die Eliten« ein. Letzteren wird vorgeworfen, dass sie nur ihre eigenen Interessen vertreten würden, weshalb sich die Vernachlässigten berechtigt fühlen, das Heft nun selbst in die Hand zu neh-

men und die »*wahren Interessen*« des »Volkes« (die nicht mehr mit denen der Eliten übereinstimmen) zu verfolgen und ihrerseits mit Exklusionsbestrebungen reagieren – nämlich jeweils gegenüber solchen Gruppen, die sie als unrechtmäßig aufholende Außenseiter wahrnehmen: Migranten, Karrierefrauen oder aber auch die Mitglieder der kosmopolitischen Mittelschicht.